



Our Land ... Our Life ... Our Future

Aufruf zur Solidarität für eine neue Landpolitik

Erklärung der Nationalen Konsultation vom 24.-25. April 2006 in Johannesburg

(Übersetzung: Karin Saarmann, Aktion Bundesschluss; Redaktion: Theo Kneifel, KASA)

Alliance of Land and Agrarian Reform Movements (ALARM) **(Bündnis zur Landfrage und Agrarreform)**

Wir, 110 Delegierte, Vertreterinnen und Vertreter von landlosen und landhungrigen Gemeinschaften, trafen uns zu einer Nationalen Konsultation am 24. und 25. April 2006 in Johannesburg (Elijah Barayi Memorial Centre) zur Beratung über weitere Schritte im Kampf für eine auf die verarmte Landbevölkerung ausgerichtete Landreform. Anwesend waren auch Delegierte von 25 Landrechtsorganisationen, dem Landless People's Movement (Landlosenbewegung), der National Farmers' Union (der nationalen Farmergewerkschaft) und COSATU (Congress of South African Trade Unions- Südafrikanischer Gewerkschaftskongress).

Der Workshop fasste folgende Beschlüsse:

1. Start einer Kampagne für ein Moratorium auf alle Vertreibungen und Forderung eines neuen Gesetzes, das alle Vertreibungen verbietet;
2. Aufbau einer breiten landesweiten Kampagne an die Adresse der südafrikanischen Regierung zur Umsetzung der Resolutionen des Nationalen Landgipfels vom Juli 2005;
3. Unterstützung der Verfassungsklage gegen das Gesetz über Kommunales Landrecht (Communal Land Rights Act, CLARA) durch eine Kampagne gegen CLARA, die auf dem Nationalen Frauentag (National Women's Day) am 9. August 2006 gestartet wird.
4. Aufbau eines breiten Bündnisses von unten für den solidarischen Kampf für eine auf die verarmte Landbevölkerung ausgerichtete Land- und Agrarreform.

Wir geben daher diese Erklärung ab als einen Aufruf an alle Betroffenen, uns in diesen Kampagnen und dem Kampf um eine Land- und Agrarreform zu unterstützen. Im Mai und Juni 2006 werden wir uns in jeder Provinz unseres Landes treffen und diese Kampagnen mit den begleitenden Aktionen diskutieren. Wir rufen unsere MitstreiterInnen, Schwestern, Brüder und Kolleginnen und Kollegen in landlosen und landhungrigen Gemeinschaften, ländlichen Gebieten, auf Farmen, in informellen Wohngebieten, Gemeinschaften von Fischerleuten, Gemeinden unter der undemokratischen Herrschaft von traditionellen Führern und Gemeinschaften, die von Umweltvergiftung und -zerstörung betroffen sind auf, sich dem Kampf anzuschließen, der mit den Zusammenkünften im Mai und Juni in den Provinzen beginnt.

Wir rufen auch andere Landorganisationen, Organisationen in ländlichen Gebieten, Landjugend, Landfrauen, Gewerkschaften, Kooperativen, Kleinbauern, Organisationen für Obdachlose, Umweltgruppen, Kirchen, andere religiöse Organisationen und Institutionen, Forschungs- und akademische Institutionen sowie andere progressive Organisationen zur Mitarbeit auf. Nur durch Solidarität und gemeinsames Handeln können wir unsere Forderungen auf ein besseres Leben erfolgreich durchsetzen.

1. Moratorium auf Vertreibungen

- 1.1 Das Programm einer breiten Mobilisierung an der Basis begann am Freiheitstag (Freedom Day), 27. April 2006 durch die Landlosen von Jonkershoek Valley in Stellenbosch, die eine Kampagne von Haus zu Haus starteten, um ihr Land von weißen Farmern zurückzuerhalten, die damit drohen, sie von diesem Land zu vertreiben. Paradoxerweise nutzen die Farmbesitzer von Jonkershoek gerade das Gesetz zur Sicherung der Nutzungsrechte (Extension of Security Tenure Act, ESTA), das eigentlich gefährdete FarmarbeiterInnen schützen sollte, dazu, diese systematisch zu vertreiben.
- 1.2 Diese Vertreibungen sind die neue „Politik der schwarzen Flecken“ („black-spot policy“) und bedeuten eine Post-Apartheid Zwangsumsiedlungspolitik zur Schaffung eines unglaublich reichen und rein weißen Tals, wobei schwarze Arbeitskräfte, die von ihrem Land vertrieben werden, jedoch täglich zur Arbeit auf die Farmen fahren, den Reichtum der weißen Weingüter erarbeiten. Die Jonkershoek Vertreibungskrise muss wie alle Vertreibungen in diesem Land politisch gelöst werden. Die Regierung muss ein Moratorium auf diese Vertreibungen verhängen und ein neues Gesetz zum Verbot aller Vertreibungen erlassen.
- 1.3 Wie der im September von der Nkuzi Entwicklungsorganisation (Nkuzi Development Association www.nkuzi.org.za) veröffentlichte Untersuchungsbericht zeigt, haben die momentanen Gesetze die legale Vertreibung von mehr als einer Millionen FarmbewohnerInnen und –arbeiterInnen nicht aufhalten können. Vertreibungen zeigen, dass der in der Verfassung festgelegte Schutz der Eigentumsrechte die weißen Privilegien der Kolonial- und Apartheitszeit festigt und die Lebensgrundlagen enteigneter schwarzer Menschen weiter zerstört.
- 1.4 Durch eine Kampagne für ein Moratorium auf Vertreibungen fordern wir daher:
- Langfristige Nutzungsrechte für FarmbewohnerInnen in ihren eigenen Wohnungen mit Zugang zu Land für Eigenproduktion als ein Teil integrierter ländlicher Entwicklungspläne;
 - Erwerb von geeignetem Land, wenn erforderlich durch Enteignung, zur Schaffung von nachhaltigen Ansiedlungen für FarmbewohnerInnen in kommerziellen Farmgebieten;
 - Einrichtung eines speziellen Haushaltspostens im Budget des Ministeriums für Landfragen (Department of Land Affairs) zum Erhalt der bestehenden Nutzungsrechte für FarmbewohnerInnen und zur Umsetzung des Programms für langfristige Nutzungssicherheit;
 - Die Wahrung von Interessen und Besitzrechten der FarmbewohnerInnen und –arbeiterInnen, wenn eine Farm verkauft wird;
 - Eine einzige Landnutzungsgesetzgebung, die Vertreibungen nicht wie die jetzigen Gesetze begünstigt und regelt, sondern Vertreibungen verbietet und die Nutzungsrechte von FarmbewohnerInnen sichert und langfristige und nicht-vertreibbare Nutzung garantiert;
 - Getrennte Behandlung der Arbeitsrechte der FarmarbeiterInnen und der Besitzrechte von FarmbewohnerInnen, damit sichergestellt ist, dass ihre Besitzrechte erhalten bleiben, wenn die Arbeit auf der Farm beendet ist; und
 - Ein Moratorium auf alle Vertreibungen von Farmen in ländlichen und städtischen Gegenden, bis es eine einzige Gesetzgebung zu Besitz- und Nutzungsrechten gibt und Nutzungs- und Arbeitsrechte durch alle in diesem Bereich involvierten beteiligten Regierungsministerien und die Polizei effektiv durchgesetzt werden.

2. Sofortige Umsetzung der Resolutionen des Land Gipfels

- 2.1 Auf dem Landgipfel forderten wir die Abschaffung der marktorientierten Landreform durch die Regierung; Ersetzung des Prinzips williger Käufer-williger Verkäufer (willing buyer-willing seller – WBWS) durch ein aktives und staatliches Programm des Landankaufs, das eine umfassende Land-Bestandsaufnahme und Enteignungen mit einschließt; Setzung neuer Fristen für die Zulassung weiterer Landrückgabeforderungen, Moratorium auf alle Vertreibungen; Abschaffung der Eigentumsklausel in der Verfassung und Ersatz durch einen Artikel über soziale Verpflichtungen zum Schutz der Rechte der Landlosen, ungenutztes oder gering genutztes Land wieder in Besitz zu nehmen und zu nutzen; und schließlich die Überarbeitung des Gesetzes über kommunales Landrecht (Communal Land Rights Act), das den traditionellen Autoritäten zu viel Macht einräumt und die Rechte von Frauen auf Land untergräbt. Mit Ausnahme von AgriSA (Agri South Africa) haben alle Gipfelteilnehmerinnen und -teilnehmer diese bedeutenden auf die verarmte Landbevölkerung ausgerichteten Forderungen angenommen und als Resolution des Gipfels verabschiedet.
- 2.2 Bis heute wurde uns landlosen und landhungrigen Gemeinschaften kein offizieller Bericht des Gipfels zugestellt. Uns ist auch kein konkreter Plan mit entsprechenden Mitteln der Regierung für die effektive Realisierung und Umsetzung dieser Resolution bekannt. Anfang des Jahres haben sowohl der Präsident (Thabo Mbeki) als auch die Ministerin für Landwirtschaft und Landangelegenheiten (Thoko Didiza) einige Erklärungen zur Überarbeitung des WBWS Prinzips und der Möglichkeit der Enteignung abgegeben. Wir forderten keine rein akademische Überprüfung des WBWS, wir fordern die Abschaffung dieses Prinzips und ein aktiveres und entschiedeneres Vorgehen des Staates bei Enteignungen zum Erwerb von Land für die Umverteilung. Wir haben genug von langatmigen Erklärungen ohne positive Wirkung auf unser Leben.
- 2.3 Die Erklärungen des Präsidenten und der Ministerin sind weit entfernt von schnellen und entscheidenden Aktionen, sondern zeigen eine unentschlossene Regierung ohne politischen Willen, eine schnellere auf Arme ausgerichtete Land- und Agrarreform umzusetzen. Der Landgipfel war ein wichtiger Moment in der Geschichte unserer Demokratie und wurde durch unsere Energien, Forderungen, Hoffnungen, Interessen und Kämpfe als Landlose bereichert. Das Versagen der Regierung, darüber zu berichten und die Resolutionen des Landgipfels umzusetzen, untergräbt unsere Bestrebungen und Ansprüche auf ein besseres Leben.
- 2.4 In den nächsten Monaten werden wir in lokalen Treffen und durch eine breite Mobilisierung unserer Gemeinschaften diskutieren, was wir als landlose Gemeinschaften tun müssen, um die Umsetzung der Resolutionen des Landgipfels sicherzustellen und den Kampf für eine auf Arme ausgerichtete Land- und Agrarreform zu intensivieren. Wir werden die Resolutionen des Landgipfels an landlose Gemeinschaften im ganzen Land verteilen. Wir werden izimbizos (Versammlungen) unserer eigenen Gruppen abhalten, um die Resolutionen zu diskutieren und zu analysieren, inwieweit sie vor Ort, dort wo wir wohnen, umgesetzt werden oder nicht. Wir werden lokale Massenveranstaltungen organisieren um die Umsetzung dieser Resolutionen in unseren Wohngebieten umzusetzen. Wir werden die lokalen Aktionen zu Kampagnen in allen Provinzen ausbauen bis hin zu einem Nationalen Tag der Landlosen zur Durchsetzung der Resolutionen des Gipfels. Wir haben festgestellt, dass die verabschiedeten Resolutionen nicht ausreichend sind. Wir werden daher die Izimbizos dazu nutzen, um weitere Probleme und Initiativen vor Ort aufzunehmen, welche die landlose Bevölkerung betreffen.

3. Gesetz über kommunale Landrechte (Communal Land Rights Act)

- 3.1 Wir haben auch beschlossen, die Verfassungsklage gegen das Gesetz über kommunale Landrechte (Communal Land Rights Act – CLARA) zu unterstützen, da dieses Gesetz das Recht von 22 Millionen Menschen in den früheren Homelands an Landverwaltungskomitees übergeben will, die von traditionellen Autoritäten bestimmt werden.
- 3.2 In mindestens den folgenden vier Punkten ist CLARA problematisch:
- CLARA bekräftigt die Rechte traditioneller Autoritäten und Strukturen, die durch das Apartheidregime neu definiert wurden, um diesen vermehrte und zudem undemokratische Rechte zu geben. Dadurch wird eine vierte Regierungssäule geschaffen, die es laut Verfassung nicht gibt, da dadurch die traditionellen Räte gesetzgebende Gewaltbefugnisse erhalten. Es verleiht den traditionellen Führern mehr Macht als jemals zuvor über die Verteilung und Verwaltung von Land. CLARA untergräbt die existierenden Eigentumsrechte von Gemeinschaften, die über historische Ansprüche, über einen Treuhandfonds oder durch Kommunale Eigentumsvereinigungen (Communal Property Associations) kommunales Land besitzen. Viele Gemeinschaften haben ihr Land durch Rückübertragung zurückerhalten und unterstützen oder anerkennen die traditionellen Chiefs nicht, die ihnen in der Apartheidzeit aufoktroziert wurden. Demokratische und rechenschaftspflichtige Institutionen sind nicht vorgesehen.
 - Im Gegensatz zu Artikel 25 der Verfassung, der besagt, dass Menschen ein Recht auf sicheren Besitz haben, sichert CLARA diese Besitzrechte nicht. In der Realität werden einige einen noch unsichereren Status haben, wie alleinstehende Frauen und Witwen. Angesichts der HIV/AIDS Pandemie, die besonders Frauen betrifft, berücksichtigt CLARA nicht angemessen die Rechte von benachteiligten Haushalten und Minderjährigen bei der Sicherung von Besitzrechten. Die breiten, dem eigenen Gutdünken überlassenen gesetzlichen Befugnisse des Ministers in Bezug auf die Bestimmung von Landrechten sind gegen die Verfassung. Es gibt keine klaren Kriterien für die Entscheidungen des Ministers und wenig Möglichkeiten, an diesen wichtigen Entscheidungen mitzuwirken oder sie anzufechten. CLARA behandelt weiße und schwarze Landbesitzer unterschiedlich, da die Besitztitel von schwarzen EigentümerInnen in kommunalen Gebieten vom Minister vergeben werden und unter die Autorität einer anderen Verwaltungsstruktur gestellt werden können. Es individualisiert und begünstigt ebenfalls Besitztitel für verheiratete Männer und Frauen. Dies gibt ihnen das Recht, Menschen, auch Familienmitglieder, von ihrem Land zu vertreiben. Dies führt zu mehr Unsicherheit auf kommunalem Land.
 - CLARA sieht für die BewohnerInnen kommunaler Gebiete keinerlei Rechte auf den Besitz, die Kontrolle und Ausbeutung von Bodenschätzen in den kommunalen Gebieten vor. In der Realität werden Arbeiter durch die Bergbaugesellschaften, die Verträge mit den nicht-repräsentativen, nicht gewählten und undemokratischen traditionellen Autoritäten und anderen Verwaltungsstrukturen geschlossen haben, oft ausgebeutet; der Boden degradiert; die Umwelt wird verschmutzt und Häuser werden zerstört.
 - Das Gesetz hat ebenfalls nicht die ordnungsgemäßen parlamentarischen Prozesse durchlaufen.
- 3.3 Wegen all dieser Probleme unterstützt ALARM die Verfassungsklage gegen CLARA. Wir unterstützen die Gemeinschaften von Maluleke (in der Nähe des Krüger Nationalparks in der Limpopo Provinz), Dixie (in der Nähe des Krüger Nationalparks in der Provinz Mpumalanga), Kalkfontein (nördlich von Hammanskraal in Mpumalanga) und Makgobistad (Nord West Provinz nahe der Grenze zu Botswana) in ihren Bemühungen um die legale Klage gegen CLARA. Wir rufen alle landlosen Gemeinschaften und ihre Verbündeten auf, diese Klage durch eine auf dem Nationalen Frauentag am 9. August gestartete Kampagne gegen CLARA zu unterstützen.
- 3.4 ALARM vertritt auch die Meinung, dass CLARA ohne eine zusätzliche Landverteilung von privatem und staatlich genutztem Land, das an kommunale Gebiete angrenzt, nicht ausreicht.

4. Bildung eines Bündnisses von Land- und Agrarreformbewegungen

- 4.1 Der ALARM Workshop beschloss auch die Bildung eines Bündnisses von Basisbewegungen, die sich solidarisch für eine auf Arme ausgerichtete Land- und Agrarreform einsetzen. Wir werden die Kampagnen zu Vertreibungen, den Landgipfel und CLARA dazu nutzen, unsere Einigkeit, unsere Erfahrung, unsere Stimmen, unser Verständnis und Vertrauen ineinander zu stärken, um zusammen gegen Landlosigkeit, Vertreibungen, Armut und Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Wir wollen, dass wir die Dynamik, Einheit, Energie und Aktivität, die wir auf dieser Konsultation erlebt haben, mitnehmen und lebendig erhalten, wenn wir gemeinsam vorangehen. Wir werden uns vor dem 31. Dezember 2006 wieder treffen, um Rückblick auf diese Kampagnen zu halten und zu entscheiden, wie es weitergeht.
- 4.2 Unser Bündnis des Kampfes, der Solidarität und der Aktion wird von uns landlosen Gemeinschaften getragen. Wir werden auch Bündnisse mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kooperativen, Kleinbauern, Obdachlosen, städtischen Siedlern in informellen Siedlungen, Arbeitslosen, Landrechtsorganisationen und anderen progressiven Organisationen in unserem Land schließen. Wir rufen sie auf, dem Bündnis beizutreten. Wir rufen besonders die Gewerkschaften auf, die diesjährigen Maifeiern dazu zu nutzen, ihr Engagement für die Kämpfe der FarmarbeiterInnen und anderer landloser Menschen zu intensivieren.
- 4.3 Unser Bündnis des Kampfes, der Solidarität und Aktion ist unabhängig von politischen Parteien und anderen engen Interessensgruppen und Agenden. Wir werden eine breitest mögliche Basis und Plattform von Verbündeten für die verarmte landlose Bevölkerung aufbauen. Dabei müssen wir vielleicht mit politischen Parteien oder anderen zusammenarbeiten, dies jedoch auf der Basis der Forderungen der landlosen Armen und nicht für irgendwelche parteipolitischen oder andere Ziele.
- 4.4 Wir beschlossen, im Mai oder Juni 2006 ein vorläufiges Nationales Komitee einzusetzen. Daher werden wir uns im Mai und Juni 2006 in unseren Provinzen treffen, wo wir die Vertreterinnen und Vertreter unserer Gemeinschaften für ein solches Komitee wählen werden. Das momentane Leitungskomitee aus 5 Personen der Nichtregierungsorganisationen wird beibehalten und in das vergrößerte Nationale Komitee integriert.
- 4.5 Wir halten auch den Aufbau internationaler Bündnisse für notwendig. Jedoch müssen die Informationen wieder an die Basis zur Stärkung der eigenen Kapazitäten zurückfließen. Südafrika sollte daher an internationalen Land- und Agrarforen und –treffen teilnehmen und Bericht darüber erstatten. Bei unserem nächsten Treffen vor Dezember 2006 werden wir darüber beraten wie die Armen mit ihren Forderungen ihre eigenen Organisationen weltweit aufbauen können. Wir werden auch über die Teilnahme Südafrikas am Weltsozialforum im Januar 2007 in Kenia sprechen. Zum ersten Mal wird das Forum in Afrika stattfinden. Wir können die Gelegenheit nutzen, über den Kampf um Land- und Agrarreform auf einem solchen Forum zu berichten. Eine andere Kampagne, die unsere internationale Arbeit voranbringen kann, ist die Kampagne für Ernährungssouveränität: welche Nahrungsmittel bauen wir an, wie, was wird dafür bezahlt, und wie wird gewährleistet, dass Menschen Kontrolle über ihre eigene Nahrungsproduktion haben. Wir müssen vorhandene Kampagnendokumente diskutieren und entscheiden, wie unsere Teilnahme und unser Beitrag an dem Kampagnentreffen in Mali 2007 aussehen kann. Schließlich werden wir darüber reden, wie Südafrika sich an dem Aufbau von La Via Campesina beteiligen kann, einer sozialen Bewegung von Bauern, Kleinbauern und Farmarbeitern. Die Landlosen-Bewegung (LPM - Landless People's Movement) ist ein Mitglied von La Via Campesina. Es gibt Mitglieder in vielen Ländern Afrikas und in anderen Entwicklungsländern.
- 4.6 Wir werden alle unsere Aktivitäten dazu nutzen, unsere Vision für eine alternative Politik für ländliche Gebiete voranzubringen. Wir nutzten den Workshop, um dafür einen Rahmen zu entwickeln, der nun weiter verbreitet und diskutiert werden muss.

- 4.7 Wir sind gerade dabei, Bündnisse zu bilden und Vertrauen aufzubauen zwischen landlosen Gemeinschaften und anderen Akteuren. Langsam entwickelt sich eine politisch klare Richtung, doch haben wir noch einen langen gemeinsamen Weg vor uns. Wir setzen uns dafür ein, dass Basisgruppen und vor allem Frauen diesen Prozess bestimmen. Wir kommen zwar aus verschiedenen Kontexten, doch wir können echte Bündnisse schließen.
- 4.8 Wir rufen daher diejenigen auf, die bei dieser Kampagne und den Aktionen mitmachen möchten, uns dies bis 30. Juni 2006 mitzuteilen. Bitte richten Sie Ihre Briefe an Mazibuko K. Jara in seiner Funktion als vorläufigem ehrenamtlichen Koordinator von ALARM, Tel: 021 685 3033, Fax: 01 685 3087 und dambisa@tcoe.org.za

Erklärung der Nationalen Konsultation des Bündnisses für Land und Landreform (ALARM)

Kontaktadressen der Mitglieder des Übergangskomitees von ALARM:

Mercia Andrews 082 3863429 und mercia@tcoe.org.za

Mazibuko K. Jara 083 651 0271 und mazibukokjara@ananzi.co.za

Lucas Mufamadi – 072 1594073 landnow@nkuzi.org.za

Solly Mapaila – 082 886 3526 und solly@sacp.org.za

Fatima Shabodien – 072 795 5857 und fatima@wfp.org.za

Navy Simukondy – 083 492 8118 und navy@tralso.co.za

Anhang 1

Teilnehmende an dem Beratungsworkshop von ALARM 24-25. April 2006

60 einzelne Delegierte von 30 Gemeinschaften, Farmarbeiterforen und entstehender Farmarbeiterforen

Association for Rural Advancement (AFRA)

Association of Community and Rural Advancement (ANCRA)

Centre for Rural Legal Studies (CRLS)

COSATU

Free State Development Association (FRDSA)

Itireleng

Jonkershoek Crisis Committee (JCC)

Land Access Movement of South Africa (LAMOSA)

Land People's Movement (LPM)

Mawubuye Land Rights Forum

National African Farmers' Union

Nkuzi Development Association

Rural Legal Trust
 Sikhula Sonke (Gewerkschaft für Farmarbeiterinnen)
 Southern Cape Land Committee
 Southern Cape Land Reform and Restitution Forum
 Surplus People's Project
 Tenure Security Coordinating Committee (TSCC, KZN)
 The Rural Action Committee (TRAC, Mpumalanga)
 Transkei Land Service Organisation (TRALSO)
 Trust for Community Outreach and Education (ein Bündnis von 6 regionalen Organisationen im Ostkap, Limpopo und Westkap=
 Women on Farms Project

Anhang 2

Gründungsorganisationen des Bündnisses für Land und Agrarreformbewegungen

Association of Community and Rural Advancement
 Biowatch
 Black Agricultural, Wine and Spirits Initiative
 Development Action Group
 Free State Rural Development Association
 Land Access Movement of South Africa
 Ndabeni Community Property Trust
 Nkuzi Development Association
 Olive People's Trust
 Restoration Farmers
 Rural Legal Trust
 Sikhula Sonke (a trade union of women farm workers)
 SACADO
 South African Communist Party
 Southern Cape Land Committee
 Surplus People's Project
 Transkei Land Service Organisation
 The Rural Action Committee - Mpumalanga
 Trust for Community Outreach and Education
 Women on Farms Project
 Young Communist League